



von Michael Winkler

Mit Augenmass dahin gehen, wo's wehtut

→ Neues zum politischen Thema Nummer eins in Liechtenstein: Erstmals seit der Finanzkrise budgetiert die Regierung für das kommende Jahr wieder mit Zahlen ohne Minuszeichen. Wer aber glaubt, dass dies ein Grund zur überschwänglichen Freude ist, der irrt. Zwar sind das unbestritten gute Nachrichten, doch der Spardruck hält weiter an. Man dürfte sich jetzt fragen: «Wenn die Zahlen jetzt ja wieder positiv sind, müssen wir ja weniger sparen.» Falsch gedacht. Denn die Zahlen sind nur darum schwarz, weil es einen einmaligen – und zwar zünftigen – Sondereffekt gibt, der die Zahlen knapp ins Plus dreht. Es ist ja verständlich, dass diese Nachricht wichtig ist, um zu zeigen, dass sich etwas im Staatshaushalt zum Positiven hin verändert. Mit der Botschaft – «Ausgeglichener Staatshaushalt erwartet» könnte die Regierung nämlich falsche Hoffnungen wecken. Die Kernbotschaft für die Einwohner ist lediglich, dass es nun kein weiteres Massnahmenpaket braucht. Dass die Sparübungen aber unvermindert weitergehen, ist unbestritten und es erwarten uns weitere tiefe Einschnitte. So ist man bereits auf die kürzlich angekündigte Reform der AHV gespannt: Wie diese Woche in der FBP-nahen Tageszeitung «Volksblatt» zu entnehmen war, wird Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nach der Reform des Krankenversicherungsgesetzes auch die AHV einer Neustrukturierung unterziehen. Die AHV steht doch mit einer Reserve

von knapp elf Jahresausgaben auf gesunden Beinen, wieso soll diese jetzt reformiert werden? Ganz einfach: Die Zahl der Pensionisten nimmt stetig zu und die Zahl der Aktivzahler nimmt eher ab. Daher ist es nur richtig und wichtig, heute schon Massnahmen zu treffen, um nicht – wie bei der staatlichen Pensionskasse – irgendwann unter Zugzwang zu geraten, drastische Sofortaktionen durchführen zu müssen. Diese Weitsicht ist lobenswert. Das lässt darauf hoffen, dass die Regierung nach dem Motto «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not» aus dem Pensionskassen-Debakel gelernt hat. Wie bereits bekannt wurde, soll der Staatsbeitrag an die AHV von 50 Millionen Franken auf 20 Millionen gekürzt werden. Diese 30 Millionen müssen dann über andere Kanäle wieder hereingeholt werden.

So ist wohl eine Anhebung des Pensionsalters um ein bis zwei Jahre unumgänglich. Aufgrund der längeren Lebenserwartung der Menschen ein nachvollziehbarer Schritt, den andere Volkswirtschaften bereits vollzogen haben. Überdies wird künftig über eine Erhöhung der AHV-Beiträge genauso diskutiert werden wie über höhere Abschläge bei Frühpensionierungen sowie – abermals – über die Streichung des Weihnachtsgeldes für AHV-Bezüger. Es kommt zu einer weiteren interessanten Debatte und die Frage wird sein, wer für die Sparmassnahmen aufkommen wird. Wen wird es am härtesten treffen? Die Politik – Regierungs- und Volksvertreter – sind gefordert, die Sache mit Fingerspitzengefühl anzugehen. Oder wie es die Fraktionssprecherin der Freien Liste, Helen Konzett Bargetze, im «Vaterland» forderte: «Der Landtag muss in Zukunft darauf achten, nicht immer die gleichen Personenkreise bei Sparübungen zu treffen.» Wenn man nämlich das Gefühl hat, gegenüber seinen Mitmenschen relativ gerecht behandelt zu werden, kann man durchaus hinter Reformen stehen – auch wenn sie wehtun.

Themen der Woche auf Seite 9